

BaSta - Postfach 10 67 46 - 28067 Bremen

An

Interessierte

**Büro für
absurde
Statistik (BaSta)**

c/o Bremer Institut für Arbeitsmarkt-
forschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)
Knochenhauerstraße 20-25

28195 Bremen

Tel (0421) 30 23 80

eMail institut-arbeit-jugend@t-online.de

Bremen, 11. Februar 2009

sanierung-hb-sl-sh-basta

Förderalismuskommission II

**Keine Lösung der strukturellen Benachteiligung Bremens –
aber positives Signal für Werder Bremen**

Warum sich Horst Seehofer (CSU) gegen die „Konsolidierungshilfe“ für Bremen sträubt(e)

Erinnern Sie sich noch an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 1992? **Werder Bremen** hatte 11 Tage zuvor die Bundesligasaison 1991/92 auf **Platz 9 (!)** abgeschlossen. Das Bundesverfassungsgericht stellte am 27. Mai 1992 für die Länder Bremen und Saarland eine extreme Haushaltsnotlage fest. Bund und Länder seien verpflichtet, finanzielle Hilfen zu leisten.

Auf Grundlage einer am 30. Juli 1993 mit dem Bundesminister der Finanzen abgeschlossenen Sanierungsvereinbarung – **Werder Bremen** war gerade **Deutscher Meister** (Fußball, Männer) geworden, vor **Vizemeister Bayern München** - erhielt das Land Bremen zunächst für die fünf Jahre von 1994 bis einschließlich 1998 insgesamt 4,6 Milliarden Euro (jährlich 920 Millionen Euro).

Für die folgenden sechs Jahre (1999 bis einschließlich 2004) wurden dann weitere 3,9 Milliarden bewilligt. Degressiv von 920 Millionen Euro in 1999 bis 357 Millionen Euro in 2004, dem Jahr in dem **Werder Bremen** dann wieder und bisher letztmalig **Deutscher Meister** (und Pokalsieger) wurde, wieder vor **Vizemeister Bayern München**.

Eine der Prämissen des Sanierungsprogramms (ein wesentlicher Bestandteil der erwähnten Sanierungsvereinbarung): „**Im Jahr 1998 wird die Zins-Steuer-Quote des Landes Schleswig-Holstein (einschl. Gemeinden) erreicht.**“¹ Schleswig-Holstein galt zu Beginn der 90er Jahre als „das Land mit der nächsthöchsten Steuerquote“ (Bundesverfassungsgericht) und diesbezüglich als Maßstab (Neudeutsch: Benchmark) für das Land Bremen.

Schleswig-Holstein ist inzwischen selbst zu einem, vom Bundesverfassungsgericht allerdings noch nicht festgestellten **Haushaltsnotlageland** geworden. Und Schleswig-Holstein ist damit, neben den Ländern Bremen und Saarland, als drittes westdeutsches Land auf Finanzierungshilfen angewiesen. Ein bemerkenswertes Ergebnis der „Sanierung“, das die **Frage** aufwirft: **Welches westdeutsche Land wird nach 2019 in den Kreis der Haushaltsnotlageländer abgestiegen sein?** (vgl. dazu auch die interessante Entwicklung des relativen Abstandes der Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen von der Arbeitslosenquote in Westdeutschland auf Seite 3)

Fortsetzung auf Seite 2 von 3

¹ Günter Dannemann, Die Grundkonzeption des Sanierungsprogramms; in: Der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen (Hrsg.), Die Finanzen Bremens und die Zukunft des Landes, Bremen 1992, S.12

Allein wegen dieses „Sanierungsergebnisses“ wäre es wünschenswert, dass die Länder Bremen und Saarland ihre **Klage beim Bundesverfassungsgericht nicht zurückziehen**, oder anders formuliert, dass sie sich nicht mit der angekündigten „Konsolidierungshilfe“ erpressen lassen, ihre Klage zurückzuziehen.

2019 soll das letzte Jahr sein, in dem die westdeutschen Länder Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein und die ostdeutschen Länder Berlin und Sachsen-Anhalt sog. Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt lediglich (siehe oben) 800 Millionen Euro pro Jahr erhalten sollen. 300 Millionen Euro pro Jahr soll das Land Bremen erhalten („angeboten werden“ BMF), erstmals im Jahr 2011 und letztmals 2019. An der strukturellen Benachteiligung des Landes Bremen bei der Verteilung des Steueraufkommens ändert sich nichts.

Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender (oder umgekehrt), wollte selbst dieser geringen „Konsolidierungshilfe“ nicht zustimmen. Nicht weil sie objektiv nicht zum gewünschten Ziel führen wird. Sondern wegen der **Perspektive**, die sich **Werder Bremen** mit dieser neuen Phase finanzieller Hilfen für das Land Bremen zu bieten scheint.

Erinnern wir uns noch einmal:

- Im **Jahr der Entscheidung** des Bundesverfassungsgerichts (1992) belegte **Werder Bremen** nur **Rang 9**.
- Ein Jahr später, im **letzten Jahr vor** Beginn des Sanierungszeitraums (1993) wurde **Werder Bremen** deutscher Meister. **Vor Bayern München**.
- Und im **letzten Jahr** des Sanierungszeitraums (2004) wiederholte sich dies. **Werder Bremen** deutscher **Meister**, **Bayern München Vizemeister**.

Horst Seehofer befürchtet(e) offensichtlich, dies könne sich nach dem „gefühlten“ **neunten Platz** von **Werder Bremen** in der Saison 2008/09, dem **Jahr der Entscheidung** über die „Konsolidierungshilfen“, wiederholen. **Werder Bremen, deutscher Meister** im **letzten Jahr vor** Beginn der „Konsolidierungshilfen“ (2010) und im **letzten Jahr** der „Konsolidierungshilfen“ (2019). Und: **Bayern München** jeweils **nur Vizemeister**. Diese Hilfe für **Werder Bremen** wäre in Bayern nur schwer zu vermitteln. In München ginge dies vermutlich nur bei den Anhängerinnen und Anhängern der Sechziger. ■

Nachtrag - zur Beruhigung von Horst Seehofer

Schon Ende 2004 wurde vom BaSta auf das folgende „Werder-Meistertitel-Gesetz“ hingewiesen:

„Nach Berechnungen des Büros für absurde Statistik (BaSta) ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß **Werder Bremen** in der Saison 2008/09, 2016/17, 2020/21 oder, wenn es ganz schlecht läuft, erst in der Saison 2032/33, also fünf, dreizehn, siebzehn oder neunundzwanzig Jahre nach dem Gewinn des vierten Titels zum fünften Mal Deutscher Fußballmeister wird.“ (**BaSta, 11. Dezember 2004**, werder-sanierung2005ff.pdf; die Berechnung wird dort näher erläutert)

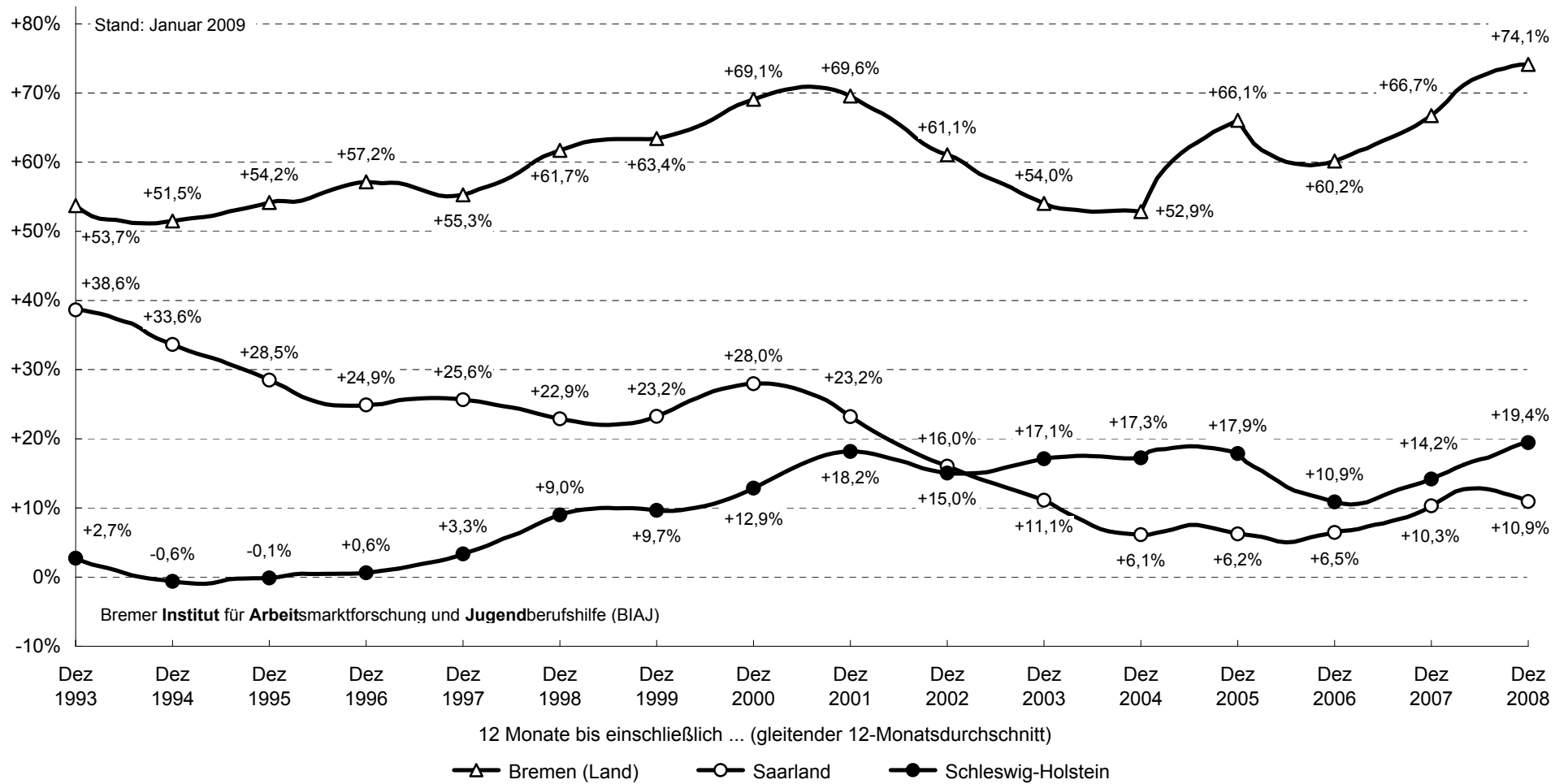
Aus heutiger Sicht kann man 2008/09 wohl leider abhaken. Und, schlimmer noch: Der nächste Titelgewinn von **Werder Bremen** wäre danach erst 2016/17 möglich. Aber, man weiß ja nie, ob nicht doch Siehe oben! ■

Verfasser: Paul M. Schröder

Anhang (Seite 3)

**Relativer Abstand der Arbeitslosenquoten* im Land Bremen, im Saarland
und in Schleswig-Holstein (die zwei bzw. drei westdeutschen Haushaltsnotlageländer)
von der Arbeitslosenquote* in Westdeutschland**

* Arbeitslosenquoten bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen



Anmerkung: Am 1. Januar 2005 trat das SGB II (Hartz IV) in Kraft.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen (BIAJ) (Abstand berechnet auf Basis nicht gerundeter Arbeitslosenquoten)